

# „Primärversorgungszentren werden kleine Spitäler ersetzen“

LH-Stv. Christian Stöckl (ÖVP) sprach über die Finanzen des Landes und die Gesundheitsversorgung im Bundesland, hier sind insbesondere die kleinen Spitäler im Brennpunkt.

**Zell am See.** Wie steht das Land vier Jahre nach dem Auffliegen des Finanzskandals da? Ist der Finanzlandesrat so knausrig und stellt Zahlen vor den Menschen, wie es Vertreter anderer Parteien öfters behaupten? LH-Stv. Christian Stöckl nahm zu diesen und anderen Fragen am Mittwochabend voriger Woche in der Bezirksstelle der Wirtschaftskammer Pinzgau Stellung.

Stöckl blickte zurück auf 2013, als er das Finanzressort übernahm: „Es war ein Horror. Die Geschäfte waren undurchschaubar und von der Abteilung war niemand mehr da. Es hatte Spekulationen und Wetten auf allen Ebenen gegeben. Diesen stand in überwiegender Anzahl kein reales Grundgeschäft gegenüber, so gab es zum Beispiel Angebote, auf künftige Schneehöhen am Arlberg zu spekulieren. Teilweise war das Risiko nicht gedeckelt.“

Seine Hauptaufgabe sei es gewesen, den Spekulationsfonds in Höhe von 1,8 Milliarden Euro abzubauen. „Mittlerweile sind 99 Prozent abgebaut.“ Es gebe nur noch drei Geschäfte, die schwer loszuwerden seien. In Summe habe der Finanzskandal



Finanz- und Spitalsreferent Christian Stöckl (M.) wurde von Nick Krauljac (l., WB) und Bgm. Hannes Schernthaler (ÖAAB) eingeladen.

BILD: ERWIN SIMONITSCH

rund 400 Mio. Euro gekostet. Der Schuldenstand des Landes habe Ende Dezember 2013 rund 2,2 Milliarden Euro betragen.

Positiv seien die Vergleichsverhandlungen mit 16 Banken, über die verlustbringende spekulative Finanzgeschäfte abgewickelt worden waren, gelaufen. „Wir haben über 100 Millionen Euro zurückgeholt.“ Mit zwei Banken werde noch verhandelt. Ziel sei

es, den Schuldenberg weiter abzubauen, in der Legislaturperiode 2013 bis 2018 soll die Reduktion 300 Mio. Euro betragen. Durch den Finanzskandal hätten geplante Projekte zurückgestellt werden müssen – etwa der Bau der Operationssäle des Krankenhauses Mittersill.

Im Gesundheitsbereich und bei den Spitälern gebe es eine besondere Dynamik, sagte Stöckl

den rund 50 Besuchern, vornehmlich aus Politik und Wirtschaft. „Der Gesundheitsbereich ist völlig im Umbruch.“ Künftig würden Primärversorgungszentren kleine Spitäler ersetzen. Ein viel beachtetes Modell sei in Mariazell (Steiermark) entstanden, „eine Art Primärversorgungszentrum“, das könne eine künftige Lösung auch für Salzburg sein. „Sie werden die medizinische Grundversorgung sicherstellen.“ Kleine Akutspitäler hätten keine Chance zu überleben, weil sich die Medizin und das Spezialistentum enigm weiterentwickeln.“ Dazu kämen Fallzahlen und Qualitätskriterien sowie das Ärztearbeitszeitgesetz. Ab 2021 sollen Spitalsärzte laut einer EU-Richtlinie maximal 48 Stunden arbeiten dürfen, man müsse deshalb mehr Ärzte einstellen, das führe zu einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung. Zudem herrsche derzeit akuter Ärztemangel. Stöckl: „Wir müssen den Engpass durchstehen. Wichtig ist es, die bestehenden Standorte zu erhalten, für die Erstversorgung und für die Altersmedizin, das wird eine gewaltige Aufgabe.“

Erwin Simonitsch